

Das EnBW-Debakel als Spiegelbild der scheiternden Energiewende

geschrieben von Admin | 3. Februar 2026

Millardenverlust und Offshore-Ausstieg. Wie in Baden-Württemberg Landkreise, Sparkassen und sogar die evangelische Landeskirche für ein politisches Energieabenteuer bluten müssen – und welche Rolle der grüne Finanzminister Danyal Bayaz dabei spielt.

von Holger Douglas

Die Nachricht schlug im baden-württembergischen Energiekonzern EnBW und im politischen Stuttgart ein wie eine Bombe: Der Energieversorger aus Karlsruhe musste rund 1,2 Milliarden Euro abschreiben, nachdem er sich aus zwei geplanten Offshore-Windpark-Megaprojekten vor der Küste Großbritanniens zurückgezogen hatte. Die Projekte „Mona“ und „Morgan“, gemeinsam mit BP geplant, galten als Prestigevorhaben und sollten den Beweis dafür liefern, dass die Energiewende auch ohne Kernkraft und Kohle funktionieren könne.

Doch dann blieb die staatliche Förderung aus. Nach mehreren Auktionen ohne Zuschlag zog EnBW die Reißleine. In der nüchternen Konzernmitteilung heißt es, steigende Kosten in der Lieferkette, gesunkene Großhandelspreise, höhere Zinsen und Projektumsetzungsrisiken hätten die Wirtschaftlichkeit zerstört. Im Klartext: ohne Subventionen keine Windräder. Offshore-Wind rechnet sich nicht – jedenfalls nicht ohne Steuergeld.

Die 1,2 Milliarden sind nun weg. Genau das macht den Vorgang hoch brisant. Denn EnBW hatte sich zuvor unter dem wohlklingenden Label „Netzausbau“ frisches Geld besorgt, nicht bei privaten Investoren, sondern bei Landkreisen, Kreissparkassen und sogar bei der evangelischen Landeskirche. Sie alle sind über das sogenannte Südwest-Konsortium mit 24,95 Prozent an TransnetBW beteiligt, dem Übertragungsnetzbetreiber der EnBW. Und sie tragen nun das Risiko mit.

Erstaunlich ruhig und gelassen fiel die politische Reaktion aus. Motto: Nun sind sie halt weg, die 1,2 Milliarden. Ein Sprecher des grünen Finanzministers Danyal Bayaz lobte den Rückzug als „verantwortungsvolle Entscheidung zur Begrenzung weiterer Risiken“. Das verwundert. Bayaz sitzt selbst im Aufsichtsrat der EnBW. Und mehr noch: Ohne seine Strategie wäre dieses Risiko nie so breit gestreut worden.

Denn der frühere Unternehmensberater Bayaz nutzte einen juristischen Hebel, den kaum jemand auf dem Schirm hatte. Seit 2001 sind Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Sparkassen offiziell abgeschafft, nachdem

die EU sie als Wettbewerbsverzerrung untersagt hatte. Doch es gibt eine Ausnahme: Geschäfte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Energieversorgung fällt darunter – und inzwischen auch der Klimaschutz. Das gilt heute als gängige Rechtsauffassung.

Genau hier setzte Bayaz an. Private Investoren wollten das Risiko des Netzausbaus nicht tragen. Also wurden öffentliche Institute mobilisiert: Sparkassen, Versicherungen, kirchliche Einrichtungen. Alles Akteure mit politischem Auftrag, langfristigem Anlagehorizont und mit staatlicher Rückendeckung inklusive. Formal haftet niemand unbegrenzt. Materiell aber wird das Risiko kollektiviert.

Über 30 Kreissparkassen sind am Südwest-Konsortium beteiligt. Jede von ihnen steht in enger Verbindung zu ihren Trägerkommunen. Damit wurde die Haftung horizontal ausgeweitet: Nicht mehr nur die an der EnBW beteiligten Landkreise, sondern zahllose Kommunen im ganzen Land hängen nun mit drin. Viele dürften gar nicht wissen, wie tief.

Noch im Mai 2023 feierte man das Geschäft. Der Präsident des Sparkassenverbands sprach von „historischer Bedeutung“. Die Sparkasse Zollernalb erklärte stolz, man leiste einen „wertvollen Beitrag zur Energiewende“. Heute zeigt sich: Das war kein Beitrag, sondern ein Risikotransfer.

Im Landtag wächst nun der Unmut. Die FDP verlangt Aufklärung, ob der Milliardenverlust absehbar war, als EnBW frisches Kapital einwarb. Die AfD kündigt einen Untersuchungsausschuss an. Von „politisch gedecktem Zockertum“ ist die Rede.

Das alles fällt nun auch der CDU auf die Füße. Sie ist über kommunale Beteiligungen tief in die EnBW-Struktur eingebunden, hat die politisierte Unternehmensführung mitgetragen und kritische Fragen vermieden. Manuel Hagel, Spitzenkandidat und neuer Hoffnungsträger der CDU im Südwesten, war zuvor Sparkassen-Filialleiter in Ehingen bei Ulm; höchst unwahrscheinlich, dass er von den windigen Geldflüssen oberschwäbischer Sparkassen und Banken nichts wusste. Jetzt ruft er dazu auf: „Wir werden mehr arbeiten müssen. Wir werden länger arbeiten müssen!“ Klar, 1,2 Milliarden sind noch eine Menge Geld, dafür muss schon mehr gearbeitet werden.

Die Grünen wiederum haben die Energiewende nie als technischen Umbau verstanden, sondern als moralisches Projekt. Gesicherte Leistung galt als politisches Übel. Die FDP schließlich lieferte das ökonomische Feigenblatt.

Der EnBW-Milliardenverlust ist damit kein Betriebsunfall. Er ist der erste Belastungstest eines Systems, das Risiken verschleiert, Verantwortung streut und Verluste sozialisiert. Noch liegt der Schaden bilanziell bei der EnBW. Doch die Logik dahinter ist längst weitergezogen – bis in die kommunalen Haushalte und kirchlichen Vermögensverwaltungen hinein.

Kein Wunder also, dass mittlerweile Panik bei den Aktionären herrscht. Denn das Abenteuer Energiewende zeigt jetzt sein wahres Gesicht: teuer, riskant – und am Ende zahlen andere. Sozialismus eben.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Kernenergie: Nicht reden, einfach machen. Wie die CDU-CSU eine Chance verschläft.

geschrieben von Admin | 3. Februar 2026

Die Gründe für den seinerzeitigen Atomausstieg sind durch neue Techniken mit Mini-Reaktoren längst obsolet. Deutschland hätte damit realistische Chancen auf eine Spitzentechnologie. Ein entsprechender Brief an die zuständigen Bundesministerien blieb unbeantwortet, von 120 CSU-Abgeordneten bestätigten nur zwei den Eingang eines weiteren Schreibens in dieser Sache.

Von Götz Ruprecht und Armin Huke.

2021 sagte Friedrich Merz, die Kernkraftentscheidungen seien zwar getroffen, aber so etwas wie den Dual Fluid Reaktor schließe er überhaupt nicht aus, weil das eine hochinteressante Technologie sei, nachzusehen und zu hören hier (YouTube, ZDF). Vor wenigen Tagen, am 14. Januar 2026, rechnete Merz beim Neujahrsempfang der Wirtschaft (BZ) sogar erstmals mit der Regierung Merkel ab und nannte es einen „schweren strategischen Fehler, aus der Kernenergie auszusteigen“. „So machen wir jetzt die teuerste Energiewende auf der ganzen Welt“, ergänzt Merz das, was Fachleute schon seit 30 Jahren voraussagen.

Doch am 22. Januar vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos war die Kernenergie auf einmal verschwunden, Kohle selbstverständlich auch, und Merz sprach vor großem Publikum: „The focus for our electricity supply is on a combination of renewable energies, storage and modern gas power plants“ – also genau die Fortsetzung der wenige Tage zuvor kritisierten „teuersten Energiewende der Welt“. Dies passt auch zum Koalitionspapier sowie zur jüngst herausgegebenen Mainzer Erklärung der CDU. Letztere erwähnt übrigens mehrfach die Bedeutung von Energieeffizienz und günstigen Strompreisen, ignoriert aber die einzige Lösung, eine Energiewende fort von Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern zu schaffen, ohne am Bankrott der Volkswirtschaft zu scheitern. Dies geht nur mit modernster Kernkrafttechnik.

Man kann dies gutwillig so zusammenfassen: Merz mag eigentlich Kernenergie, große Teile der CDU/CSU wohl auch, aber in seiner jetzigen Regierung darf und will er sich nicht dafür einsetzen, nicht einmal in Reden, schon gar nicht in Taten. Je nach Publikum wird dann mal der Atomausstieg als schwerer Fehler kritisiert, was man nun angeblich nicht mehr ändern könne, oder umgekehrt Kernenergie einfach gelehrt, als hätte es sie nie gegeben.

US-Präsident Donald Trump griff Merz' Narrativ von Halle auf und stellte ebenfalls in Davos fest: „Germany now generates 22% less electricity than it did in 2017 and it's not the current chancellor's fault. He's solving the problem. He's going to do a great job. But, what they did before he got there... I guess that's why he got there. And electricity prices are 64% higher.“ Aber was die Kernenergie angeht, ist Trump hier deutlich ehrlicher: „I was not a big fan, because I didn't like the risk, the danger, but they have ... what the progress they've made with nuclear is unbelievable, and the safety progress they've made is incredible. We're very much into the world of nuclear energy, and we can have it now at good prices and very, very safe.“

Vielleicht sollte Friedrich Merz umgekehrt auch mal Trump zuhören, denn die Voraussetzung für den damaligen Atomausstieg, ob sie nun stimmte oder nicht, wären mit diesem „unglaublichen Fortschritt an Sicherheit“ ja gar nicht mehr erfüllt! In seiner eigenen Partei und in der CSU ist man da offenbar schon weiter.

Die CSU ist deutlich, die CDU noch nicht so ganz

Schauen wir mal, was die CSU dazu sagt. Am 1. Januar 2026 hieß es in der Welt: „CSU fordert Mini-Kraftwerke und Kernenergie-Forschung in Deutschland“. Ganz unverblümt wird hier die Rückkehr der Kernenergie gefordert, zwar nicht auf dem Stand der 70er Jahre, aber mit neuen Technologien und der Forderung nach klimaneutraler, sicherer und möglichst abfallfreier Kernenergie, bei der Deutschland eine führende Rolle übernehmen soll. „Wir wollen den Turnaround bei der Kernforschung schaffen. Unser Land kann es sich nicht leisten, neue Technologien zu verschlafen“, zitiert die *Welt* aus dem Entwurf des Positionspapier.

Kurz darauf veröffentlichte die CSU-Landesgruppe ein Positionspapier, das diese Forderungen nochmals bekräftigt. Dort tauchen Forderungen auf wie

- „Wir wollen vom Nachzügler wieder zum Vorreiter werden.“
- „Wir setzen auf Forschung zu Kernenergie der vierten und fünften Generation und auf den Bau von kleineren Atomreaktoren (Small Modular Reactors).“
- „Unser Ziel ist eine Kernenergie ohne radioaktive Abfälle.“
- „Auch beim Umgang mit radioaktiven Abfällen setzen wir auf Innovation und neue Technologien.“
- „Diese Entwicklung muss Deutschland führend vorantreiben und Pionier

bei der Wiederaufbereitung werden.“

Das Interessante daran: Die im CSU-Positionspapier genannte „fünfte Generation“ wurde durch *Dual Fluid* begründet, und dieser ist bis heute ihr einziger Repräsentant, der übrigens all die o.g. Forderungen erfüllt. Darauf weisen wir seit über 10 Jahren hin. Die Entwicklung zum Markteintritt kann sofort begonnen werden, es muss nur der politische Wille da sein.

Überdies entfällt ein geologisches Endlager, denn *Dual Fluid* hat sogar als einziges Unternehmen ein eigenes auf Pyrochemie basierendes Wiederaufbereitungskonzept mit hochreiner Trennung, das sich sofort umsetzen lässt. So kann der „Abfall“ der deutschen Kernkraftwerke gereinigt werden und würde eine sektorübergreifende Vollenergieversorgung Deutschlands ein Jahrhundert lang speisen können, zu Erzeugungskosten, die Deutschland einen Vorteil im globalen Wettbewerb bringen. Die volkswirtschaftliche Investition macht nur einen Bruchteil der bislang aufgelaufenen Energiewendekosten aus.

Deutschland wäre dann nicht nur Vorreiter in Nukleartechnologie, sondern auch Pionier bei der Wiederaufbereitung.

Im Gegensatz zur CSU ist die CDU zwar etwas zurückhaltender, aber auch die Fraktionschefs fordern immerhin ganz offen (*Welt*) eine „Technologie-Neutralität“, und damit ist gemeint: Erneuerbare stehen gleichrangig neben Kernenergie, regulatorisch und finanziell. Unterstützt werden soll dies, so die Forderung, in einem alten Drei-Länder-Gesprächsformat (Frankreich, Deutschland, Polen), dem „Weimarer Dreieck“, im Einklang mit der EU Taxonomie.

Die Lösung des Dilemmas

Eigentlich ist der Atomausstieg momentan irrelevant, denn

- Das Atomgesetz erlaubt nach wie vor die Nutzung der Kernkraft, auch Strom darf produziert werden. Nur die kommerzielle Nutzung des Stroms ist verboten.
- Das Atomgesetz erlaubt weiterhin die Produktion und den Verkauf von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen aus nuklearer Energie.
- Forschung und Entwicklung von Kerntechnik sind weiterhin in Deutschland erlaubt und genehmigungsfähig. Genehmigungen müssen erteilt werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.

Mit anderen Worten: Die Entwicklung, Inbetriebnahme und Serienfabrikation des Dual-Fluid-Reaktors ist in Deutschland sofort möglich. Selbst wenn unwahrscheinlicherweise in 10 Jahren das Atomgesetz immer noch unverändert ist, kann Deutschland immer noch führend in Nukleartechnologie sein, und Dual-Fluid-Reaktoren können ein Exportschlager werden. Nur uns selbst dürften wir daraus keinen Strom verkaufen. Aber auch hierfür gibt es eine Lösung. Nichts spricht z.B.

gegen ein Abkommen mit einem Nachbarstaat, dort Kernkraftwerke unter deutscher Regie zu betreiben, mit bevorzugter Produktion für Deutschland. Das wäre völlig gesetzeskonform, und sogar grüne Spitzenpolitiker wie Robert Habeck finden Kernkraft „in Ordnung“, wenn sie im Ausland betrieben wird (Berliner Zeitung).

Zwei unbeantwortete Briefe

Dual Fluid hat zwei, eigentlich drei, Briefe verfasst und verschickt:

- Am 4.1.2026 an sämtliche CSU-Abgeordneten des Bundestages und des bayerischen Landtags.
- Am 13.1.2026 einen an die Bundesministerin für Forschung Technologie und Raumfahrt, Dorothee Bär (CSU), und an die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Katherina Reiche (CDU), beide gleichlautend.

Bisher, Stand 23. Januar, liegt keine Antwort vor. Von dem per E-Mail verschickten Brief an die ca. 120 CSU-Abgeordneten kamen lediglich zwei Eingangsbestätigungen aus den Abgeordnetenbüros, aber keine weiteren Reaktionen. Aber es kann ja noch was kommen, wir sind optimistisch.

In den Briefen weisen wir auf genau das hin, was hier beschrieben wird: Ihr müsst nicht nach Lösungen suchen, denn die Arbeit ist bereits erledigt. Es muss nur die konkrete Umsetzung angegangen werden, und die ist sogar in Deutschland möglich, wenn nur der Wille da ist.

Genau so lief es, als die Bundesrepublik im vorigen Jahrhundert noch kräftiges Wachstum der produzierenden Industrie hatte: Wissenschaftlich-technische Innovationen wurden auf Plausibilität geprüft, dann einfach ausprobiert und bei positivem Ausgang in Produkte umgesetzt. Selbst ein negativer Ausgang brachte meist nützliche Nebenresultate für andere Entwicklungen. Das sind Werte des Westens, auf die Rückbesinnung notwendig ist, um einen Wiederaufstieg einzuleiten.

Dr. Armin Huke ist Haupterfinder der Dual-Fluid-Technologie sowie Präsident und Gründer der Dual Fluid Energy Inc. Er wurde 2002 an der Technischen Universität Berlin in Kernphysik promoviert.

Dr. Götz Ruprecht ist Geschäftsführer und Gründer der Dual Fluid Energy Inc. sowie Miterfinder der Dual-Fluid-Technologie. Promoviert in Kernphysik arbeitete er bis 2010 am kanadischen TRIUMF-Nationallabor. Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Gegenwind: 03 Entwaldung, B) In unseren Klima-Kolonien

geschrieben von Admin | 3. Februar 2026

Die Erzeugung von Strom durch Windkraft im Wald schädigt nicht nur wertvolle Kultur- und Waldlandschaften in Deutschland, sondern ist auch für Menschenrechtsverletzungen, Landschaftszerstörung und radioaktive Verseuchung in sogenannten Entwicklungsländern und China mit verantwortlich. Auf „unserer“ Reise in die bessere, klimaneutrale, NEIN: klimagerechte Zukunft haben die Menschen in unseren Öko-Kolonien offenbar immer noch keinen Platz gefunden.

Das Video dazu zeigt drei erschreckende, aber gut dokumentierte Beispiele als gerne verschwiegene Nebenwirkung unserer Energiewende – es gäbe viele mehr: Balsaholz aus Ecuador und Peru, Seltene Erden wie Neodym aus China und Madagaskar, die sich **direkt** in unseren Windrädern in Deutschland finden und Blutkohle aus Kolumbien und Südafrika, ohne die unsere „Energiewende“ in regelmäßigen Blackouts münden würde.

Videolink:

<https://www.youtube.com/watch?v=8JTZG9bY-9k><https://youtu.be/8JTZG9bY-9k>

Die Videoserie richtet sich vor allem auch an die stark zunehmenden Mitglieder von Bürgerinitiativen, Vereinen, Gruppen, die überwiegend nicht aus der Land- und Forst- bzw. Energiewirtschaft oder dem Natur- und Umweltschutz kommen und vor einem steuerfinanzierten Nebelmeer an **Desinformation** stehen, wenn sie sich über Windkraft vor allem im Wald in Deutschland informieren möchten. Welche Themen konkret in weiteren Folgen der Video-Serie abgehandelt werden, erfahren Sie im Detail im Einleitungsvideo zu dieser Serie.

CumTempore, Prof. Dr. Andreas Schulte

Ich würde mich freuen, wenn Sie den Videokanal abonnieren bzw. das Video an Interessierte weiterleiten könnten. Gerne können Sie auch die Videoserie auf Ihrer Website einstellen. Der Vollständigkeit halber: Der Videokanal CumTempore verfolgt keine wirtschaftlichen oder parteipolitischen Interessen. Er erhält auch keine Zuwendungen vom Staat oder anderen Dritten. Ich freue mich auch über Ihre Kommentare und natürlich auch Kritik.

Kernkraftbefürworter Merz – „Haltet den Dieb!“

geschrieben von Admin | 3. Februar 2026

Die an dem größten Sabotageakt Deutschlands – genannt Energiewende – beteiligten Politiker aller Couleur sind nicht naiv oder dumm. Sie wissen Bescheid, sie wissen genau, was sie da für einen gigantischen Schaden angerichtet haben. Jetzt geht es darum, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Von Manfred Haferburg

Ich habe mehrere Tage gebraucht, um mich von meinem Schleudertrauma, dass ich mir beim Kopfschütteln zuzog, wieder einigermaßen zu erholen. Auch die Beule am Kopf, die entstand, als ich mir mit eigener Hand gegen die Stirn schlug, schwillt langsam ab. Langsam veriraucht auch die Wut über die unfassbare Heuchelei und kognitive Dissonanz der einstigen Volkspartei CDU/CSU und geht in Resignation über.

Da kommt der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland im Januar des Jahres 2026 um die Ecke und fragt beim Neujahrsempfang der Wirtschaft in Halle/Saale, ob es denn „irgendwann mal wieder akzeptable Marktpreise in der Energieerzeugung“ geben würde. Er versucht, die Schuld für die immer irrer werdende Energiewende jemand anderem in die Schuhe zu schieben. In anklagendem Ton heuchelt er: „Wir machen die teuerste Energiewende der Welt. Ich kenne kein zweites Land, das es sich so schwer macht und so teuer macht wie Deutschland. Wir haben uns da etwas vorgenommen, was wir jetzt korrigieren müssen, aber wir haben eben zu wenig Energieerzeugungskapazitäten... Es war eben ein schwerer strategischer Fehler, aus der Kernenergie auszusteigen. Wenn man es schon macht, hätte man wenigstens vor drei Jahren die letzten verbleibenden Kernkraftwerke in Deutschland am Netz lassen müssen, damit man wenigstens die Stromerzeugungskapazitäten hat, wie wir es zu dem damaligen Zeitpunkt hatten.“

Diese Aussage ist an Chuzpe kaum zu übertreffen. Er schiebt die Schuld an der Energiemisere seiner Vorgängerin und der Ampel-Regierung zu, wobei er damit sogar recht hat. Er vergisst aber dabei absichtsvoll, sein eigenes diesbezügliches Versagen zu erwähnen. Da ruft ein Dieb: „Haltet den Dieb!“

Friedrich Merz rechnet mit der Vergesslichkeit der Wähler

Kann nicht irgendwer mal den Bundeskanzler daran erinnern, in welcher Partei er ist? Oder, dass er seit 1994 Mitglied des Deutschen

Bundestages ist – mit einer Unterbrechung von 2009 bis 2021. Seit 2021 sitzt er wieder im Bundestag. Oder dass er, um Kanzler zu werden, einen Koalitionsvertrag mit der SPD geschlossen hat, in welchem das Wort Kernenergie gar nicht auftaucht? Oder dass er kraft seiner Richtlinienkompetenz dem Energiewendezirkus ein Ende machen könnte?

Ein gutes halbes Jahr vor der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke, genauer gesagt am 22. September 2022, brachte die AfD einen Entschließungsantrag in den Bundestag ein, der den Weiterbetrieb der damals noch laufenden Kernkraftwerke forderte. Der Antrag war ein Änderungsantrag zum Atomgesetz und enthielt folgende Kernforderungen: Stoppen der Abschaltung der drei letzten deutschen Kernkraftwerke (Isar 2, Emsland, Neckarwestheim 2) sowie Entfristung der Laufzeiten im Atomgesetz und Abschaffung der Strommengenbegrenzung.

Die vereinigten Parteien der sogenannten demokratischen Mitte, die ja bekanntlich bis in die linke Ecke hineinreicht, schmetterten den Antrag einstimmig ab, auch die CDU/CSU Fraktion. Auch die FDP stimmte gegen den Antrag. Ganz offensichtlich rechnet Friedrich Merz mit der Vergesslichkeit der Wähler. Sie sollen wohl auch vergessen, dass sich die Merz-Regierung im Koalitionsvertrag zur Fortsetzung der Politik der Klimaneutralität bis 2045 bekennt.

Hätte der Antrag der AfD am 22. September 2022 im Bundestag eine Mehrheit bekommen – mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der AfD, hätte es zwar knapp, aber gereicht –, würden heute in der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich sechs, aber mindestens drei große Kernkraftwerksblöcke für Grundlast sorgen. Dann hätte die Kernkrafttirade des Herrn Bundeskanzler Merz wenigstens ein Minimum von Substanz und wäre nicht ganz so frech und völlig absurd. Aber die Brandmauer war der CDU/CSU und der FDP viel wichtiger als das Wohl des Volkes und der Wirtschaft.

Die CDU/CSU kann sich nicht herausreden, dass sie die Folgen des Kernenergieausstieges nicht vorher gekannt hätte. Richtig klar wurde mir das im März 2024 während eines Interviews, zu dem mich die Plattform „markt intern“ eingeladen hatte. Mir war ein Expertengespräch mit einem CDU-Energiepolitiker versprochen worden. Der Interviewer Gregor Kuntze-Kaufhold hatte dazu den Volkswirt und Bundestagsabgeordneten Dr. Klaus Wiener gewonnen, der im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestages sitzt. Dieses Gremium ist für alle Aspekte der Energiewende und die damit verbundenen Fragen des Klimaschutzes sowie für das Thema Energieeinsparung zuständig – also der richtige Mann.

Sie wissen genau, was sie da für einen gigantischen Schaden angerichtet haben

Der Interviewer gab sich alle Mühe, dem CDU-Politiker eine Bühne für seine Ausführungen zu bieten. So kam ich die ersten 15 Minuten gar nicht

zu Wort, während die feinen Unterschiede der Akzeptanz von Kernkrafttechnologien in CDU/CSU-Köpfen detailliert herausgearbeitet wurden. Es zeigte sich, dass Herr Dr. Wiener durchaus sachkundig über die Kernenergie sprechen konnte. Er wusste über den immensen Restwert der nun in Zerstörung befindlichen Kraftwerke, den er mit 140 Milliarden Euro bezifferte, die mutwillig zerstört werden. Er nannte korrekt die Grenzkosten von 2 bis 3 Eurocent pro Kilowattstunde und vertrat über den Weiterbetrieb bzw. das Wiederauffahren der Kernkraftwerke durchaus vernünftige Ansichten, die ich teilen konnte. Aber – immer dann, wenn es konkret wurde, öffnete er den Satzstanzbaukasten. Er schob die Schuld an der Zerstörung der Kraftwerke der Ampelregierung in die Schuhe und vergaß, dass es die Kanzlerin Merkel von seiner Partei war, die in einer Panikreaktion den Ausstieg eingefädelt hatte.

Es lohnt sich, dieses Gespräch unter dem Gesichtspunkt der Äußerungen von Kanzler Merz noch einmal anzusehen. Da kommt es zu einer Szene (Min. 31:40), die typisch für den Umgang von Medien und Politik mit der Kernkraft ist. Dr. Wiener behauptete, dass die CDU/CSU ja schon jahrelang für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke werbe, aber leider, leider, leider keine Mehrheit dafür zustande bringen könne. So wäre es nun mal in einer Demokratie. Ich erhob daraufhin den Einwand: „Ihre Fraktion hat im Dezember geschlossen gegen einen Antrag auf Weiterbetrieb der letzten Kernkraftwerke gestimmt, weil der Antrag von der falschen Partei kam“. Wiener schaute betreten in die linke untere Ecke: „Das ist noch einmal ein besonderes Thema.“ Der Moderator hakte sofort ein: „Das müssen wir jetzt auch nicht wirklich vertiefen...“, um dann etwas über irgendeine volkswirtschaftliche Seite herumzustoßern.

Die an dem größten Sabotageakt Deutschlands – genannt Energiewende – beteiligten Politiker aller Couleure sind nicht naiv oder dumm. Sie wissen Bescheid, sie wissen genau, was sie da für einen gigantischen Schaden angerichtet haben. Es geht weder ums Klima noch um das Wohl des Volkes. Es geht nunmehr hauptsächlich darum, den eigenen Parteikopf aus der Schlinge zu ziehen und die Schuld jemand anderem in die Schuhe zu schieben. Es scheint schon sehr schlimm um die Energiewende zu stehen, wenn Kanzler Merz und die Seinen jetzt, auf Merkel und die Ampel zeigend, rufen: „Haltet den Dieb!“ Und die Bürger, was machen die? Sie wollen davon nichts hören, schnallen den Gürtel enger und wählen weiterhin die Saboteure.

Von Klaus Dieter Humpich und Manfred Haferburg und finden Sie in der Achgut-Edition das Buch:

Atomenergie – jetzt aber richtig

Das Nachwort stammt von dem Wissenschaftsphilosophen Michael Esfeld. Sie können das Buch hier in unserem Shop bestellen. Zum Inhalt des Buches: Es ist keine Frage ob, sondern lediglich wann „die dümmste Energiepolitik der Welt“ (wallstreet-Journal) – in Deutschland euphemistisch „Energiewende“ genannt – beerdigt wird. Und was dann?

Überall auf der Welt werden längst wieder die Weichen für die Kernenergie gestellt, CO2-frei wie bisher, aber intelligenter, resilienter, mobiler und preiswerter als je zuvor. Die Atomenergie kann auch hierzulande der Nukleus für einen neuen Wohlstand sein, auch diese Einsicht wird sich unter der Last des Faktischen durchsetzen. Die beiden Energieexperten Manfred Haferburg und Klaus Humpich analysieren den deutschen Irrweg und zeigen Wege aus der Sackgasse. Dieses Buch ist ein Almanach der Vernunft für alle, die in Deutschland erfolgreich wirtschaftlich tätig sind und damit fortfahren wollen.

Manfred Haferburg Manfred Haferburg wurde 1948 im ostdeutschen Querfurt geboren. Er studierte an der TU Dresden Kernenergetik und machte eine Blitzkarriere im damalig größten AKW in Greifswald. Wegen des frechen Absingens von Biermannliedern sowie einiger unbedachter Äußerungen beim Karneval wurde er zum feindlich-negativen Element der DDR ernannt und verbrachte

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT [hier](#)

Saarland: Alle Großprojekte zur Wasserstoffproduktion gestoppt

geschrieben von Admin | 3. Februar 2026

Nächste grüne Blase geplatzt.

Vom grünen Zukunftsversprechen bleibt nur heiße Luft übrig. Alle großen Wasserstoffprojekte im Saarland sind gescheitert. Zu teuer, zu wenig Nachfrage, zu viel Wunschdenken. Die Realität zerlegt die nächste Energiewende-Fantasie. Gegen die Physik kann keine Ideologie gewinnen.

Von Holger Douglas

Jetzt ist die nächste grüne Blase geplatzt: Das Saarland wird kein Zentrum einer neuen Wasserstoff-Wirtschaft. Noch vor wenigen Jahren galt das kleine Bundesland als möglicher Vorreiter der deutschen Wasserstoffwirtschaft. Mehrere Großprojekte sollten den Strukturwandel der Industrieregion absichern, Stahlwerke „dekarbonisieren“ und zehntausende Tonnen „grünen“ Wasserstoff liefern. Heute ist von diesen Plänen nichts mehr übrig. Alle größeren Wasserstoffprojekte im Saarland sind gescheitert oder auf unbestimmte Zeit gestoppt.

Betroffen sind drei Vorhaben in Perl, Saarlouis und Völklingen, die zusammen jährlich mehrere zehntausend Tonnen Wasserstoff liefern sollten. Das geht aus Recherchen der Saarbrücker Zeitung hervor.

Bereits im September 2025 hatte Steag Iqony das Projekt „Hydro Hub Fenne“ in Völklingen aufgegeben. Geplant war dort ein Elektrolyseur mit einer Jahresproduktion von rund 8.400 Tonnen. Als Begründung nannte das Unternehmen vor allem die hohen Strompreise in Deutschland – ein zentrales Problem für die extrem energieintensive Elektrolyse.

Nun ist klar: Auch die beiden anderen Leuchtturmprojekte werden nicht realisiert. Der Energiekonzern RWE zieht sich aus seinen Plänen für Saarlouis zurück. Vorgesehen war dort, nahe der Dillinger Hütte, ein Elektrolyseur mit einer Leistung von 200 bis 400 Megawatt – genug für bis zu 50.000 Tonnen Wasserstoff pro Jahr. Ebenfalls aufgegeben wurde das Vorhaben des französischen Unternehmens Lhyve, das in Perl eine 70-Megawatt-Anlage mit rund 11.000 Tonnen Jahresproduktion errichten wollte.

Als Gründe nennen die Unternehmen vor allem wirtschaftliche Faktoren. Steag Iqony verweist auf die hohen Strompreise in Deutschland. RWE erklärte, das Projekt sei nach einem deutlich reduzierten Wasserstoffbedarf der Stahlindustrie nicht mehr wirtschaftlich gewesen. Statt ursprünglich geplanter 50.000 Tonnen schloss die Stahl-Holding-Saar einen Liefervertrag über lediglich 6.000 Tonnen mit Verso Energy ab.

Die politisch ausgerufenen Zielmengen stehen in keinem stabilen Verhältnis zur realen Nachfrage der Industrie – und schon gar nicht zu den Kosten. Grüner Wasserstoff bleibt teuer, solange Strompreise hoch, Netzentgelte belastend und regulatorische Vorgaben komplex sind. Investitionen rechnen sich unter diesen Bedingungen kaum.

Das saarländische Wirtschaftsministerium verweist auf strukturelle Standortnachteile. Frankreich profitiere von deutlich niedrigeren Strompreisen und günstigeren regulatorischen Rahmenbedingungen. Der saarländische Wirtschaftsminister Jürgen Barke forderte Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche in einem Schreiben auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für bessere Bedingungen für die Wasserstoffwirtschaft einzusetzen.

Damit wird es im Saarland auf absehbare Zeit keine relevante Wasserstoffproduktion geben. Die nächste Wasserstoffblase ist damit geplatzt. Die sogenannte „Wasserstoffwirtschaft“ scheiterte immer dann, wo wirtschaftliche Realität auf politisches Wunschdenken trifft. Oder anders ausgedrückt: Die Physik weist die sogenannte „Energiewende“ regelmäßig in ihre Schranken.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier.